

## MISSTRAUENSANTRAG

gem. § 55 NRGO

der Abgeordneten Strache, Weinzierl, Themessl  
und weiterer Abgeordneter

betreffend den Bundesminister für Finanzen

**eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP I der Sitzung des Nationalrates vom 8. Juli 2008, Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gem. § 19 Abs. 2 GOG**

Die Österreichische Bundesregierung befindet sich in einer tiefen Krise. Schlagzeilen wie „In dieser Koalition geht nichts mehr“, „In der Koalition herrscht Eiszeit“ oder „Warten auf den Befreiungsschlag – Stillstand in der Koalition“ sind längst zur Gewohnheit geworden. Maßgeblich für die Negativbilanz der Bundesregierung sind vor allem die hohe Inflation, die Stagnation der Massenkaufkraft und die damit verbundene, weitere Zerstörung des Mittelstandes. Missstände wie jene, die rund um den ehemaligen Leiter des BKA Dr. Haidinger publik wurden und letztlich in der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mündeten, runden das negative Bild ebenso ab wie das Chaos rund um die „Gesundheitsreform“.

Die politische Hauptverantwortung für diese Zustände trägt der Bundesparteiboss der ÖVP Vizekanzler Bundesminister für Finanzen Mag. Molterer. Vor diesem Hintergrund überrascht es freilich nicht, dass selbst Spitzenrepräsentanten der ÖVP für diese Art der Politik nur mehr harsche Kritik parat haben und dem Finanzminister mangelnden Mut und fehlenden Weitblick vorwerfen.

Der BM für Finanzen ist (mit)verantwortlich für die höchste Geldentwertung seit Jahrzehnten (de facto seit Beginn der 1990er Jahre), da er es verabsäumte, die Abgaben auf sensible Konsumgüter wie etwa Mineralöle (in Form der MöSt) zu reduzieren. Im Gegenteil: diese und andere Steuern wurden sogar erhöht (MöSt ab 01.07.2007, NoVA ab 01.07.2008). Strategien zur Bekämpfung der massiven Spekulation hat er ebenfalls nicht aufzuweisen, er nimmt die Rekord-Inflation von derzeit an die 4,0 Prozent einfach hin.

Herr Bundesminister Molterer ist auch maßgeblich (mit)verantwortlich für die langjährige Stagnation der Massenkaufkraft, da er sich nachhaltig weigert, eine vernünftige, antizyklische Politik bezüglich der Masseneinkommen umzusetzen. Die FPÖ präsentierte hier eine ganze Fülle von Maßnahmen wie etwa massive Erhöhungen staatlicher Beihilfen (etwa Pendlerpauschale, Kilometergeld, Pflegegeld, Familienbeihilfe) oder sinnvolle steuerliche Umverteilungen (etwa Familiensplitting, das dank ÖVP zu einer leeren Phrase verkommen ist). BM Molterer setzte davon nur homöopathische Dosen um, und diese viel zu spät.

BM Molterer ist auch maßgeblich verantwortlich für das Abwürgen der Binnenkonjunktur, da er es neben der Stagnation der Massenkaufrkraft verabsäumte seinen Einfluss zugunsten einer vernünftigen, zeitgemäßen Geldpolitik (EZB, OeNB) auszuüben. Darüber hinaus ist ihm anzulasten volkswirtschaftliche Notwendigkeiten und Zusammenhänge nicht ausreichend gewürdigt zu haben. Alleine die Verunsicherung der privaten Haushalte hinsichtlich der Pensionen und hinsichtlich der Gesundheitsvorsorge, verbunden mit dem in Krisenzeiten typischen „Angstsparen“ würde einen Rücktritt nahe legen.

Ein weiterer Umstand, der nicht gerade zur positiven Beurteilung des Verhaltens des Bundesministers für Finanzen beiträgt ist, dass der Minister wie ein Lobbyist der Industriellenvereinigung im BMF agiert. Dieser Zustand ist unhaltbar, da er die Masse der Bevölkerung - Arbeitnehmer, Beamte, kleine Bauern wie auch KMUs – ökonomisch und wohlstandsmäßig massiv schädigt. Nutznießer von Molterers Politik sind alleine Großkapital und Internationale Konzerne, mithin jene, die keine politische Unterstützung brauchen und auch nichts für die Weiterentwicklung des Landes leisten.

Negativ aufgefallen ist auch, dass funktionierende Strukturen der Finanzverwaltung (KIAB, Finanzämter, Zoll, derzeit Großbetriebsprüfungen) offenbar wegen zu großer Erfolge, auf Betreiben diverser Lobbys hin zerschlagen und aufgeteilt werden. Interventionen insbesondere von Großkonzernen stehen im BMF jederzeit alle Türen offen, wodurch der Bevölkerung Milliarden entgehen (dies reicht bis zu dienstrechtlich höchst bedenklichen, persönlichen Interessensverhandlungen zwischen maßgeblichen Beamten und großen Steuerberatungskanzleien). Die Personalpolitik im BMF begünstigt ausschließlich formbare Parteigünstlinge und nicht Personen, die an einer möglichst getreuen Aufgabenerfüllung interessiert sind. Staatstreue ist im BMF eher ein Karrierehindernis. BM Molterer scheint es egal zu sein, die Lohnsteuerzahler und der Mittelstand werden zusehends ausgebeutet.

BM Molterer und seine Partei sind die maßgeblichen Triebkräfte der beobachtbaren Entsolidarisierung der Gesellschaft. Durch das Niederreißen jeglicher Schutzbarrieren gegen Ausbeutung und Unsozialität bewirken sie eine massive Umverteilung des Wohlstandes von unten nach oben, ein Abrutschen breiter Bevölkerungskreise in die Armut und die ökonomisch grob schädliche Konzentration allen Reichtums in den Händen weniger, was lediglich zu mehr Spekulation führt (was soll man mit all dem Geld auch anfangen?). Dies führt aber sicher nicht zu mehr Konkurrenzfähigkeit und Wertschöpfung. Eine neoliberale und asoziale Politik wie jene des Finanzministers führt in letzter Konsequenz dazu, dass die Menschen verdrossen sind und am System der parlamentarischen Demokratie zu zweifeln beginnen (lt. Krone vom 30.6. in der BRD immerhin bereits 33%!).

Die EU als maßgeblicher Motor dieser Entwicklung wird kompromisslos unterstützt, auch wenn dies in letzter Konsequenz bedeutet den Souverän, nämlich die österreichischen Staatsbürger, auf verfassungswidrige Art und Weise zu entmachten. Die Interessen der, hinter der ÖVP stehenden Wirtschaftslobbyisten ist offenbar tausendmal wertvoller als Arbeit im Auftrag der wählenden Bevölkerung. Es passt somit perfekt ins Bild, dass uns Österreichern das Recht auf Volksabstimmung vorenthalten wurde und nach dem EU- Dogma der ÖVP auch für immer vorenthalten werden soll.

BM Molterers Handeln ist somit als massiv zu Lasten der Bevölkerung gerichtet einzuschätzen. Zu all dem kommt weiters erschwerend hinzu, dass VK Molterer bei der jüngst vollzogenen Regierungsumbildung die Gelegenheit gehabt hätte kompetente und fähige Leute – zum Beispiel unabhängige Experten - in die Regierung zu holen. Auch diese Chance wurde verschlafen.

Unterfertigte Abgeordnete stellen daher folgenden

Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Finanzen wird gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG durch ausdrückliche EntschlieÙung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

*Handwritten signatures:*  
Stefan...  
Lutz...  
H...  
W. Faup...